

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 68 848 pppn d

## Inhalt

Horst Peter MdB zu den Vorschlägen von Senator Ulf Fink: Freifahrtschein in die Sackgasse der Sozialpolitik.  
Seite 1

Heiko Schultz MdL zum Trend zum Okkultismus: Ernstnehmen und Entgegen-treten.  
Seite 4

Dokumentation  
Hans Büchler MdB sprach vor dem Verband der Heimkehrer Deutschlands e.V. über „Die Auswirkungen der KSZE in der deutsch-deutschen Wirklichkeit“. Wortlaut  
Seite 5

43. Jahrgang / 48

10. März 1988

### Freifahrtschein in die Sackgasse der Sozialpolitik

Zu den Vorschlägen von Senator Ulf Fink

Von Horst Peter MdB

Ulf Fink meint, die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Hilfe im Altenbereich könne auch durch Freifahrtscheine gefördert werden. Reicht dieser Anreiz nicht, sieht er den Zwang zum „sozialen Pflichtjahr für alle“.

Daß Gegenteil der Politiker, denen es beim Auftauchen eines Problems weniger wichtig ist, daß dieses gelöst wird, als daß man zumindest vorläufig nicht damit behelligt wird, sind die Politiker, die noch für jede Lösung ein Problem finden, die schneller die Lösung gefunden als die Probleme erkannt haben. Dabei wird als bestimmende Grundtendenz deutlich, daß Weltanschauungskurven von der jeweiligen industriellen Konjunktur vorgezeichnet werden, so Erik Reger.

Lohnarbeit läßt sich nicht mehr im notwendigen Umfang profitabel verwerten, die Arbeitslosenzahlen bleiben konstant auf schwindelnden Höhen. Unorthodoxe Vorschläge, wie die Arbeitslosenzahlen weggebracht werden können, sind notwendig. Die konservative Politik zielt auf Verarmung des Staates und Bereicherung der privaten Vermögensbesitzer. Die Verschiebung der Alterspyramide läßt das Alter, die finanzielle Versorgung und die Versorgung der Alten mit Dienstleistungen zu scheinbar unbezahlbaren Größen werden.

Ulf Fink, der neue Stern am Himmel der CDU-Sozialausschüsse, hat jetzt den passenden unorthodoxen Vorschlag, mit dem diese Probleme scheinbar alle auf einen Schlag gelöst werden können, vorgestellt: das soziale Pflichtjahr für alle. Den pflegebedürftigen Alten wird geholfen, denen genügend Pflegekräfte zur Seite gestellt werden können; der Regierung wird geholfen, indem jedes Jahr ein kompletter Jahrgang aus der Arbeitslosen-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verständlich  
zu verstehen  
Kontakt-Punkt



statistik verschwindet und im sozialen Pflichtjahr geparkt wird, zudem wird sie von dem Zwang befreit, über den sachgerechten Ausbau der sozialen Dienstleistungen nachdenken zu müssen. Auch den jungen Menschen wird geholfen, indem sie im sozialen Pflichtjahr etwas fürs Leben lernen können. „Geschadet hat es noch niemanden“, wie der Volksmund die Berras- und Arbeitsdienst-erfahrungen nachträglich verklärt.

Ein auf den ersten Blick alle bestechender Vorschlag. Auf diesen Wirkungsmechanismus zielen die jungen Populisten in der Politik. Ihre Aufforderung, es dürfe angesichts der Größe der Probleme „keine Dankverbote und Tabus“ (Fink) geben, ist eben nur auf den ersten Blick mutig. Auf den zweiten Blick, wenn der Verstand eingeschaltet wird, ist die feige Rücksichtnahme und Kapitulation vor den Größen, die die Probleme konstituieren, erkennbar. Dann wird auch der Zynismus ihrer Vorschläge erkennbar. Mehrfach geschiedene Männer bestehen auf dem Vorrang familiärer Werte. Verbeamtete Professoren treten für die Tugenden des risikofreudigen Unternehmertums ein. Sie behaupten, Arbeitnehmerschutzregelungen schaffen Arbeitslosigkeit. Aus ihrer komfortablen Situation an der Spitze der Gesellschaft erklären sie den Arbeitslosen, sie müßten härter arbeiten und die traditionellen Werte pflegen. Die sich von diesen Werten längst gelöst haben, bekunden tiefen Respekt vor eben diesen Worten. Als Angehörige der politischen Klasse predigen sie den am Ende der Gesellschaftspyramide Stehenden Verzicht und Altruismus, Dienst an der Gemeinschaft.

Tritt man Fink zu nahe, wenn man auf ähnliche Einrichtungen vor 50 Jahren verweist? Tritt man Fink zu nahe, wenn man in seinem sozialen Pflichtjahr die gefährliche Nähe zu einer allgemeinen Dienstpflicht und die Vorbereitung auf die Wehrpflicht zwischen Wehrdienst und „Gemeinschaftsdienst“ für beide Geschlechter sieht: die Wehrdiensttauglichen zu den Waffen, die Wehrdienstuntauglichen zu den Schnabeltassen und Schießern?

Ist es nicht gerade eine Zumutung der mittleren Generation, die noch alle Privilegien auskosten konnte, gegenüber den Nachwachsenden, denen Ausbildung und Berufschancen immer mehr genommen werden, daß sie kostenlosen Dienst an der Gemeinschaft leisten dürfen, während ihnen die Gesellschaft die Zukunft verbaut.

Und ist es nicht eine Zumutung gegenüber den Älteren, daß diesen nicht qualifizierte Dienstleistungen zugebilligt werden, daß sie mit unbezahlten Pflichtjährlingen abgefunden werden sollen, die ihr Pflichtjahr ähnlich lustlos abreißen werden wie die Wehrpflichtigen ihre Dienstzeit. Das Pflichtjahr wäre keine geeignete Therapie für das von Fink festgestellte Unbehagen gegenüber den sozialen Diensten. Diese Therapie würde die Probleme potenzieren. Ursache dieses Unbehagens ist nicht eine Überversorgung der Alten aus einem Überfluß an sozialen Dienstleistungen, sondern die Überforderung der dort Arbeitenden, weil es dort an allem mangelt.

Notwendig ist der qualifizierte Ausbau der sozialen Dienste mit qualifiziertem Personal, das ausreichend bezahlt wird, in ausreichender Zahl auch ausreichend Zeit für qualifizierte Betreuung hat.

Das Geld ist vorhanden. Freilich gilt auch hier wie auch für andere Vorschläge, die uns im Tempo der heutigen Zeit ständig präsentiert werden: der Appell an den guten Willen genügt nicht. Alle wohlfeilen Berechnungen, die mit der Verschiebung der Alterspyramide die Versorgung der Alten zur unbezahlbaren Größe werden lassen, berücksichtigen nicht, daß am oberen Ende der Pyramide zwar mehr Kosten entstehen, die nachlassende Geburtenfreudigkeit der Deutschen am unteren Ende der Pyramide zwangsläufig Kosten wegfallen läßt: weniger Kindergärten, weniger Schulen, weniger Kinderkrankenschwestern, weniger Lehrer. Das Sozialbudget muß in seiner Struktur der Verschiebung der Alterspyramide angepaßt werden. Stoltenberg nutzt jedoch den Wegfall solcher Ausgabenposten, wie auch anderer, zum Beispiel der Kriegsopferversorgung, zum Stopfen der durch seinen Steuerschwindel entstandenen Löcher, um seine Politik der Bereicherung der privaten Vermögensbesitzer fiskalisch absichern zu können.

Auch die Angstmache, daß die Renten demnächst nicht mehr finanziert werden können, weil das Verhältnis von aktiv Beschäftigten und Rentnern zu einer Relation von 1:1 schrumpft, muß als Ablenkungsmanöver, daß nur am Stammtisch Fortune macht, erkannt werden. Eine seriöse Überlegung muß zum Maßstab die Produktivitätsentwicklung nehmen. In Gesellschaften mit niedriger Produktivität müssen zwangsläufig viele Arbeitende zur Versorgung eines „Ausgeschiedenen“ beitragen, weil der Anteil, der zum eigenen „Verzehr“ bestimmt, relativ groß ist. In Gesellschaften mit hoher Produktivität sinkt dieser Anteil relativ, während er absolut wächst. Ursächlich für die höhere Produktivität und für den Schein des Rückgangs des dem einzelnen Arbeitnehmer individuell zurechenbaren Anteils ist die „Maschine“. Den richtigen Weg zur Sicherung der Versorgung der älteren Generation, die Heranziehung der „geronnenen Arbeit“, der Maschine, über eine Wertschöpfungsabgabe, den wird Uli Fink sicherlich nicht mit dem Appell an den guten Willen und den Altruismus der Maschinenbesitzer erreichen. Sein mutiges, es dürfe keine „Denkverbote und Tabus“ geben, ist gegenüber den Maschinenbesitzern gefordert. Hier kann Uli Fink wirklich seinen Mut beweisen.

(-/10.3.1988/rs/ks)

## Dem Trend zum Okkultismus entgegentreten

Die bayerische Staatsregierung zeigt sich hilflos gegenüber dem neuen Massenphänomen

Von Heiko Schuitz MdL

Der Trend zu Spiritismus, Okkultismus, New Age und Esoterik ist mittlerweile zu einem Massenphänomen geworden und zieht weite Kreise. Dies räumte Sozialminister Dr. Karl Hillermeier in der Antwort auf meine Parlamentsanfrage ein, die sich - auf Beobachtungen des Bender-Instituts in Freiburg in den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland gestützt - danach erkundigt hatte, in welchem Umfang und in welchen Ausformungen der Staatsregierung Spielarten des Okkultismus an bayerischen Schulen und Freizeitstätten bekannt sind und welche Konsequenzen sie daraus ziehen will.

In seiner Antwort bestätigte Hillermeier, daß die „Okkult-Welle“ eine „nicht unerhebliche Gefährdung für Jugendliche darstellt“ und bei leicht zu beeinflussenden und wenig gefestigten Menschen „gravierende Desorientierungen und Fehlentwicklungen möglich“ seien. Okkultische und spiritistische Praktiken hätten in der Jugendkultur landesweit Einzug gehalten. Hillermeier wörtlich: „Tarot-Kartenlegen, Pendeln, Tisch- und Gläserücken dürften auch in bayerischen Schulen und Freizeitstätten als bekanntes Phänomen gelten. Extremformen okkultischer Praktiken und Vorstellungen wie ‚schwarze Magie‘, ‚Satanismus‘ und ähnliches dürften sich jedoch auf relativ wenige Einzelfälle beschränken. Die Grenzen innerhalb des fraglichen Gesamtbereichs sind aber sehr fließend und kaum genau feststellbar.“

Nähere Feststellungen über den Gesamtumfang dieser „Bewegung“ und über einzelne Ausformungen sind nach Meinung des Ministers kaum möglich, da Okkultismus „wohlweislich nicht öffentlich praktiziert und geheim gehalten“ werde und somit die zahlenmäßige Ausbreitung und die psychischen Auswirkungen auf einzelne Jugendliche „kaum kontrollierbar“ seien. Aufgrund von Aussagen von Mitarbeitern von Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten wisse man, daß sich vorwiegend Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren mit Tischrücken, Gläserschieben und so weiter beschäftigen.

Die Frage nach den Konsequenzen wurde von Sozialminister Dr. Karl Hillermeier nicht beantwortet. Er verwies lediglich darauf, daß das Bayerische Landesjugendamt seit Jahren mit den maßgeblichen staatlichen, wissenschaftlichen und kirchlichen Stellen zusammenarbeitet. Welche konkreten Schritte sich daraus ableiten, ließ er jedoch offen. Hinsichtlich der Verbreitung in Schulen zitierte Hillermeier eine Stellungnahme des bayerischen Kultusministeriums, die der Problematik jedoch in keiner Weise gerecht wird.

Das Kultusministerium hält es für ausreichend, daß die „Behandlung solcher Fragen in den Lehrplänen für den Religionsunterricht ausdrücklich vorgeschrieben“ ist. Es gehöre „zu den selbstverständlichsten Aufgaben der Schule, zu einer kritischen Haltung gegenüber Geistesglauben und Okkultismus zu erziehen“. Auch ergebe es sich in der außerschulischen Jugendbildung „zwangsläufig“, daß „auf der Suche nach neuen Sinn- und Bewußtseinerfahrungen auch auf die neueren Erscheinungsformen des Okkultismus und Spiritismus kritisch eingegangen“ werde. „Weiterreichende Konsequenzen hält das Staatsministerium für Unterricht und Kultus derzeit nicht für erforderlich“, heißt es in der Stellungnahme. Dies beruhe nicht zuletzt auf der Überlegung, „daß durch eine unangemessene Überbetonung eines solchen Themas die zu eigener Erprobung drängende Neugierde bei vielen Jugendlichen überhaupt erst geweckt werden könnte“.

Diese Reaktion ist reichlich naiv und in einem bedenklichen Ausmaß hilflos. Der „Neugier“ kann man nicht durch Verschweigen und Verheimlichen begegnen, sondern nur durch offene und aufklärende Behandlung des Themas. „Abwiegeln“ sei keine schul- und jugendpolitische Strategie. Ich fordere das Kultusministerium daher noch einmal nachdrücklich auf, die sich zu einer „geistigen Droge“ auswachsende Okkult-Bewegung ernst zu nehmen. Die Auseinandersetzung mit diesem neu erwachten Phänomen dürfe nicht allein den Kirchen aufgebürdet bleiben. Die daraus resultierenden Gefahren für die Sozial- und Gesellschaftsstruktur seien vielmehr eine Herausforderung für die Politik.

(-/10.3.1988/rs/ks)

## DOKUMENTATION

## Hans Büchler: Die Auswirkungen der KSZE in der deutsch-deutschen Wirklichkeit

Der Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Hans Büchler, hielt im Rahmen der Mehliamer Diskussionswoche des Verbandes der Helmkehrer Deutschlands e.V. einen Vortrag, den wir im Wortlaut wiedergeben.

Das Thema, das Sie mir aufgegeben haben, ist nicht unproblematisch. Wir sind uns einig, daß die DDR den Anforderungen, die der KSZE-Prozeß stellt, längst nicht gerecht wird. Andererseits wäre es nicht klug oder erfolgversprechend, die deutsch-deutschen Beziehungen auf den KSZE-Aspekt zu reduzieren. Das Instrument KSZE muß im innerdeutschen Verhältnis dosiert eingesetzt werden, um nicht in der DDR selbst falsche Erwartungen zu wecken und die - tatsächlichen oder vorgeblichen - Möglichkeiten der DDR-Regierung zu überfordern. Wir müssen also prüfen, inwieweit wir Gedankengut der KSZE-Schlußakte sowie der später verabschiedeten Dokumente in die Deutschlandpolitik einbringen können, um den KSZE-Prozeß selbst zu fördern und das deutsch-deutsche Verhältnis zu verbessern.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Ausgangslage: KSZE ist ein Begriff der Politik, der eng mit dem Prozeß der Entspannung verbunden ist. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte 1975 war ein wichtiger Schritt im Bemühen um Entspannung in Europa. Dabei standen und stehen für die SPD drei Gesichtspunkte im Vordergrund:

- Dialog mit der Sowjetunion,
- Ausgleich mit allen Nachbarstaaten im Osten und
- Entkrampfung und Verbesserung des Verhältnisses zur DDR.

Diese Ziele wurden von der sozialliberalen Koalition völkerrechtlich verbindlich zu Bausteinen einer europäischen Friedensordnung gemacht: Durch den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag und den Grundlagenvertrag mit der DDR sowie in Verbindung mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin. Diese Verträge waren eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der KSZE seinerzeit in Helsinki.

Die Ergebnisse der Entspannungspolitik und die KSZE trugen Anfang der 80er Jahre dazu bei, eine neue Konfrontation zwischen den Supermächten zu mindern, eine Neuauflage des Kalten Krieges zu vermeiden, die Lage in Europa stabil zu halten und das zu bewahren, was im innerdeutschen Verhältnis bereits erreicht war.

Die KSZE-Schlußakte legt beiden deutschen Staaten aber auch die Verpflichtung auf, für Entspannung und Abrüstung, für den Frieden in Europa eine besondere Verantwortung wahrzunehmen. Die Entspannung in Deutschland trägt zur Entspannung in Europa, zwischen Ost und West generell, bei. Beispiele dafür sind die gemeinsam von SPD und SED entwickelten Vorstellungen über einen atomwaffenfreien Korridor und eine chemiewaffenfreie Zone in Europa. Aber auch das SPD-SED-Papier, das in seiner praktischen politischen Bedeutung weit vor den beiden Abkommen einzuordnen ist.

Wir wissen heute, daß der Fortgang des Wettrüstens die Lage in Europa destabilisieren und die KSZE-Schlußakte unterminieren würde. Sicherheit ist in Europa nur miteinander und nicht durch Rüstung gegeneinander möglich. Dabei schließt unser Engagement für gemeinsame Sicherheit und Sicherheitspartnerschaft alle KSZE-Staaten stets ein. Das heißt auch, daß die beiden deutschen Staaten an ihren jeweiligen Bündnissen eine besondere Verantwortung tragen.

Wenn die so skizzierten Möglichkeiten, die der KSZE-Prozeß birgt, genutzt werden, dann eröffnen sich auch neue Chancen für das innerdeutsche Verhältnis. Dabei besteht ein Wechselverhältnis zwischen Auswirkungen der KSZE zum Beispiel auf die DDR und der Anwendung der KSZE-Dokumente auf die innerdeutschen Beziehungen. Es ist wohl unstrittig, daß die Veröffentlichung der KSZE-Schlußakte in allen Teilnehmerstaaten die innenpolitische Lage dort verändert hat. Dies gilt besonders für die Staaten des Warschauer Paktes und damit auch die DDR. Die Bürger der DDR fordern die in den KSZE-Dokumenten enthaltenen Festlegungen von ihrer Regierung ein. Dies hat ganz konkret zum Beispiel dazu geführt, daß die DDR-Regierung nach der Nachfolgekonzferenz von

Madrid im Herbst 1983 eine neue Verordnung über Fragen der Familienzusammenführung und Heirat mit Ausländern erließ. Dies ist ein gutes Beispiel für die Anwendung der KSZE-Prinzipien auf die eigene Politik.

Dabei benutzt die DDR-Führung weiterhin gerne das Argument, die KSZE-Festlegungen könnten nur dann eingefordert werden, wenn sie in innerstaatliches Recht umgesetzt sind. Daß dies geschieht, darauf müssen wir immer wieder dringen. Eine Folge ist zum Beispiel, daß die DDR 1987 die Todesstrafe abgeschafft und zusätzliche Gerichtsinstanzen geschaffen hat, deren praktische Bedeutung allerdings noch nicht einzuschätzen ist. Insgesamt ist heute unübersehbar, daß die Gedanken der KSZE inzwischen zu einem Allgemeingut geworden sind und nicht beiseite geschoben werden können.

In diesem Zusammenhang sehe ich den fortbestehenden Nutzen und politischen Wert der KSZE für das innerdeutsche Verhältnis. Ganz klar füge ich hinzu, daß ich in der KSZE kein Instrument der Destabilisierung der DDR sehe. Solche Vorstellungen, in die Praxis umgesetzt, sind gefährlich und würden nur zum Gegenteil dessen führen, was man will, mehr Austausch von Meinungen und Informationen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten.

Was heißt es konkret, die Maßlatte KSZE an die innerdeutschen Beziehungen zu legen?

Ich muß an dieser Stelle voranschicken, daß durch den Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 eine Reihe von Gedanken und Ideen der KSZE-Schlußakte vorweggenommen wurden. Mitte der 70er Jahre waren, besonders im Bereich des Reiseverkehrs und der Familienzusammenführung und beispielsweise beim Austausch von Journalisten einige KSZE-Vorschläge bereits teilweise erfüllt. Bei dem, was jetzt noch aussteht, geht es also auch um die weitere Ausfüllung der innerdeutschen Vereinbarungen der 70er und frühen 80er Jahre. Sie wissen, daß zur Zeit in Wien die dritte KSZE-Folgekonferenz stattfindet. Auf das deutsch-deutsche Verhältnis und den Korb III (Menschenrechte und menschliche Kontakte) bezogen, geht es dort zur Zeit vor allem um folgendes:

- Die schnellere Entscheidung bei Anträgen auf Familienbesuche, Familienzusammenführung sowie Eheschließungen von Bewohnern verschiedener Teilnehmerstaaten,
- gemeinsame Reisen von interessierten Familienmitgliedern und Abschaffung des Mindestumtausches bei Familienbesuchen,
- die regelmäßige Überprüfung laufender Anträge auf Familienzusammenführung und die Nichtdiskriminierung von solchen Bürgern, die entsprechende Anträge gestellt haben.
- Gewährung von Rechtsmitteln gegen Bescheide bei Übersiedlungs- und Reiseanliegen,
- Die Reduzierung von Kontaktbeschränkungen.

Dies alles sind Vorstellungen, die die SPD selbstverständlich unterstützt. Im Moment besteht jedoch die Gefahr, daß die Wiener Konferenz ins Stocken gerät beziehungsweise gar keine Einigung über Elemente des Korbes III herbeizuführen ist. Hier gilt es, die einzelnen Elemente der KSZE nicht zu überfrachten. Es gibt auch noch die Körbe I (Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung) und II (wirtschaftliche Zusammenarbeit), wo auch die östlichen Staaten ihre Forderungen haben. Dies ist zu berücksichtigen.

Ich will es bei diesen Bemerkungen zur aktuellen Situation in Wien belassen, denn bekanntlich ist die SPD-Opposition dort nicht Verhandlungsführer, sondern kann nur Ratschläge geben.

Ich fasse zusammen:

1. Die KSZE-Schlußakte, auf deren Boden die jetzige Bundesregierung sich endgültig gestellt hat, nachdem die CDU/CSU und Albanien lange Zeit dagegen waren, bietet auch im innerdeutschen Verhältnis vielfältige Möglichkeiten. Der Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Gebieten kann durch den KSZE-Prozeß gefördert werden.
2. Die SPD tritt dafür ein, die Möglichkeiten aller drei Körbe der KSZE-Schlußakte für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West und innerhalb Europas insgesamt stärker zu nutzen.
3. Ein Überfrachten oder Überfordern einzelner Elemente der KSZE-Schlußakte birgt die Gefahr in sich, auf den Gebieten, wo es uns besonders am Herzen liegt und politisch wichtig ist, nicht weiterzukommen. Wie im zwischenstaatlichen Verhältnis auch sonst müssen ausgewogene Kompromisse erzielt werden.
4. Wir hoffen uns vom Fortgang des KSZE-Prozesses Impulse für den Abrüstungsdialog zwischen den Großmächten und in Europa.

(-/10.3.1988/rs/ks)

\* \* \*